

Die schleichende Apokalypse

Von Martin Klumbies

Der Übergang ins Jahr 2000 ging einher mit einer Inflation der Superlative, um die zahllosen Feuerwerke zu beschreiben und Zuschauermengen zu quantifizieren. Von Zeitzone zu Zeitzone rund um den Globus hüpfen die auf vagen Schätzungen beruhenden und von Interessen gesteuerten Übertreibungen. Zu denen neigt der Mensch offensichtlich. Auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes purzeln den Verantwortlichen die Superlative nur so aus dem Mund, wenn es darum geht, Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, wie vortrefflich doch alles "bei uns" geregelt sei. Man redet vom "umfangreichsten Regelwerk", von "schärfsten Strafandrohungen", "qualifiziertesten Verfolgungsbehörden", "tüchtigsten Betreibern". Und verschweigt dabei, dass sich die apokalyptischen Reiter weltweit längst auf den Weg gemacht haben - schleichend und wenig beeindruckt von warnenden Stimmen. Umwelt - immer noch oder jetzt erst recht ein spannendes Thema für die Gewerkschaften.

Das Jahr 2000 war nicht nur Anlass für pyrotechnische Exzesse, sondern es war im verflissenen Jahrhundert offenbar auch eine faszinierende Zielmarke für Umweltprognosen. Das Interesse der Allgemeinheit für Prognosen wuchs mit den vielfältigen Umweltbelastungen, die allmählich wirklich nicht mehr zu übersehen waren. Gewisse Umweltvorhersagen hatte es zwar gelegentlich schon früher gegeben, aber man hatte noch nicht den Millenniumwechsel im Visier, und eine breite Aufmerksamkeit fanden sie schon gar nicht.

In Deutschland wurde bereits vor über hundert Jahren vor dem Waldsterben auf Grund der Industrialisierung gewarnt - wenig erfolgreich, wie wir heute wissen. Gut ein Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg bildeten sich überwiegend an Einzelfragen orientierte Interessengruppen etwa für Vogel-, Heimat- und Naturschutz. Ziemlich frühzeitig im wirtschaftlichen Aufschwung nach dem 2. Weltkrieg, im Bundestagswahlkampf 1961, versprach Willy Brandt einen "blauen Himmel über der Ruhr".

Erst ein Jahrzehnt später gewann der Umweltgedanke in Deutschland an Durchschlagskraft. Aber auch international kam Bewegung in die Umweltpolitik. 1970 wurde zum Beispiel das "Europäische Naturschutzjahr" ausgerufen. Wesentlichen Anteil an der weiteren Entwicklung hatten das Umwelt-Manifest des Club of Rome "Die Grenzen des Wachstums" und Bücher wie "Nur eine Erde" von Ward und Dubos.

Letztlich dieses Buch beeinflusste wesentlich die 1972 von den Vereinten Nationen in Stockholm veranstaltete Konferenz über die menschliche Umwelt, die weltweit große Publizität fand und auch in Deutschland viele Menschen erstmals für ökologische Fragen sensibilisierte. Fluglärm, Schaumberge auf Flüssen, Fischsterben, Autobahnprojekte, Bodenspekulation in Frankfurt etwa und Pläne für Atomkraftwerke trieben immer mehr Bürger in Protestgruppen. Wissenschaftlich-ökologische Prognosen erschreckten immer mehr Menschen. Es waren gute Voraussetzungen für ökologische Zukunftsdeuter, und im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts machten sie so richtig Dampf, und zwar nicht nur in Deutschland.

Umweltpolitik kommt in Gang

Auf der Stockholmer Konferenz 1972 wurde in Gang gesetzt, was bis heute noch in Bewegung ist: wissenschaftlich untermauerte Umweltpolitik auf hohem Niveau, wenn auch in vielen Bereichen immer

noch nicht mit ausreichenden Konsequenzen. Deutlich wurde schon dort, was auch in unseren Tagen noch Bedeutung hat, nämlich der Gegensatz zwischen Nord und Süd. Die Industriestaaten wollten "eine weltweite Kampagne zur Verminderung von Verschmutzung und zur Erhaltung von Ressourcen (eingeschlossen die frei lebende Tierwelt) und das Schaffen einer Basis für ein sorgfältigeres Management dieser Ressourcen."

Die Entwicklungsländer jedoch sahen andere Prioritäten. Verständlich, denn sie litten (und leiden trotz gewisser Verbesserungen immer noch) unter Armut, niedriger Lebenserwartung, lebensgefährlichen Infektionskrankheiten, Mängeln in der Trinkwasserversorgung sowie der sanitären Entsorgung und zahlreichen anderen Problemen. Verlockend erschien ihnen eine schnelle Industrialisierung, und sei es um den Preis nachteiliger Umweltauswirkungen. Sie befürchteten, dass "Umweltschutzüberlegungen Entwicklungsanstrengungen in der Dritten Welt verzögern könnten". Schon damals wurde als das schlimmste aller Umweltprobleme die "Verschmutzung durch Armut" prognostiziert. Bis heute hat sich an der Richtigkeit und Aktualität dieser Behauptung kaum etwas geändert.

Einen weiteren Meilenstein setzte dann 1981 "Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten", der im Auftrag des amerikanischen Regierungschefs Jimmy Carter erstellt worden war. Hier wurden mit einem bis dahin beispiellosen Aufwand der ökologische Zustand der Welt untersucht und Prognosen, bezogen auf das Jahr 2000, formuliert, die international vielfach als alarmierend empfunden wurden.

Immer mehr Menschen

Treffsicher wurde vorhergesagt, dass zur Jahrtausendwende über sechs Milliarden Menschen auf der Erde leben würden. Zwischenzeitliche Prognosen, wie auf der 2. Umweltkonferenz 1984 in Mexiko, bekräftigten die vorhergesagte Entwicklung. Eine rasante Entwicklung hat sich nun bestätigt: Fast zwei Millionen Jahre benötigte die Menschheit, bis sie 1927 zwei Milliarden Menschen zählte. Aber schon 1960 wurde die dritte Milliarde erreicht, 1975 die vierte, und 1999 begrüßte UN-Generalsekretär Kofi Annan in Bosnien ein Baby, das symbolisch als sechsmilliardster Erdenbürger ausgeguckt worden war. Tatsächlich waren es zu diesem Zeitpunkt schon mehr als sechs Milliarden.

Für 2025 sind etwa acht Milliarden den Globus bevölkernde Menschen zu erwarten. Während die jährlichen Zuwachsraten von 1985 bis jetzt bei 1,6 Prozent lagen, ist zwischen 2000 und 2025 mit einer etwas abgeschwächten jährlichen Zunahme von 1,2 Prozent zu rechnen, wobei ein fast doppelt so hoher Anstieg, trotz der herrschenden Aids-Katastrophe, in Afrika zu erwarten ist. Armut ist immer noch die Hauptursache.

Knappe Wasserressourcen - Kampf ums Überleben

Aber nicht nur die Überbevölkerung wurde prognostiziert. Deutlich dargestellt wurden viele Auswirkungen, die zu erwarten sein würden, wenn nicht entschieden gehandelt würde. Viele davon sind eingetreten.

Die katastrophalen Auswirkungen auf die Wasserressourcen insbesondere in den Entwicklungsländern sind inzwischen Realität, ohne dass Aussicht auf eine baldige Lösung der Probleme bestünde. Weltweit sind mehr als die Hälfte der bedeutenden Wasserläufe verschmutzt oder vom Austrocknen bedroht. Die Folgen trugen zur Zahl von 25 Millionen Umweltflüchtlingen im vergangenen Jahr bei. Wie die Weltwasserkommission für das 21. Jahrhundert in einem Bericht erklärte, überstieg die Zahl der Umweltflüchtlinge damit erstmals die der Menschen, die vor Kriegen flohen. Sie lag bei 21 Millionen.

Nun hat die Weltwasserkommission für das 21. Jahrhundert, unterstützt von der Weltbank sowie den UN-Organisationen für Kinder, Entwicklung und Umwelt, den Auftrag herauszufinden, wie sichergestellt werden kann, dass die wachsende Weltbevölkerung im diesem Jahrhundert genügend Wasser zur Verfügung hat. Eine äußerst schwierige Aufgabe.

Kriege um Wasserzugänge werden immer wahrscheinlicher. Ob sie sich regional begrenzen lassen, ist höchst ungewiss. Keineswegs kann ausgeschlossen werden, dass sich in Regionen mit einer großen Anzahl leidender Menschen erhebliche Gewaltpotentiale entwickeln. Terrorakte der jüngsten Zeit, gesteuert aus dem Kaukasus und ausgeführt in Moskau, zeigen die Verletzlichkeit großer Städte. Länder werden zunehmend erpressbar, und zwar nicht nur mit herkömmlichen Sprengmitteln. Zu allem entschlossene Menschen können relativ einfach mit bakteriologischen oder chemischen Mitteln große Wirkungen erzielen. Dass auch Menschen in Deutschland durch kritische Entwicklungen betroffen sein können, liegt auf der Hand.

Megastädte und abgeholzte Wälder

Schleichende Apokalypse! Vor Zeiten schon angekündigt und längst Realität sind Landflucht in unterentwickelten Ländern und damit einher gehend das Entstehen von Megastädten, die einfach nicht aufhören chaotisch zu wachsen - ohne genügend trinkbares Wasser, ohne Kanalisation, sichere Unterkünfte, hygienisch tragbare Lebensumstände, fast ohne soziale Dienste und Krankenversorgung, ohne Strom und auch ohne Arbeit für die meisten Menschen.

Statt dessen breiten sich - wenig erstaunlich - Krankheiten und Kriminalität aus, korrupte Polizei inklusive. Beispiele für Megastädte nach UN-Angaben in Millionen 1995/2015: Bombay 15/26, Schanghai 14/18, Mexiko 17/19, Kairo 10/14, Lagos 10/25.

Vorhergesagt sind auch, ohne dass bedeutende Gegenmaßnahmen ergriffen worden wären, destabilisierte Gewässer, verschlammte Flüsse, Stauseen und Bewässerungsanlagen, das Absinken von Grundwasserspiegeln, verstärkte Überschwemmungen und Bodenerosion als Folge der Abholzung von Wäldern vor allem in Südasien, im Amazonasgebiet und in Zentralafrika.

Klimaveränderungen

Schon vor etwa zwei Jahrzehnten wurden die Auswirkungen von Umweltbelastungen auf die Atmosphäre und das Klima vorhergesagt. Schwefel- und Stickstoffoxide, Fluorchlorkohlenwasserstoffe aus Spraydosen und Kühlaggregaten würden in der Atmosphäre zu grenzüberschreitendem saurem Regen mit Gefahren für Seen, Wälder, Böden, Ernten, Pflanzen und Menschen führen.

Wahrlich nicht übertrieben, wie sich heute zeigt: Anfang März schlug das Washingtoner Institut Worldwatch Alarm. Nach seinen Angaben schmilzt die Eisdecke der Erde so stark wie nie zuvor seit Beginn der Messungen. Vor allem in den Polarregionen nehme der Umfang des Eises rapide ab. So sei zwischen 1978 und 1996 das arktische Eis, das etwa eine Fläche von der Größe der USA bedeckt, um sechs Prozent geschrumpft. Das entspreche pro Jahr einem Durchschnitt von 34.000 Quadratkilometern - einer Fläche so groß wie Nordrhein-Westfalen. Außerdem sei die Eisdecke in der Arktis erheblich dünner geworden. Seit den siebziger Jahren habe sich die durchschnittliche Dicke des Meereises von 3,1 auf 1,8 Meter verringert, ein Rückgang um 40 Prozent in weniger als 30 Jahren.

Das Worldwatch-Institut weist in seinem Bericht auf die enormen Folgen für das Klima hin. Die Eisschmelze verursache einen Teufelskreis, indem Land- und Wasseroberflächen die Wärme speicherten und damit zu weiterer Schmelze führten. Als Folge drohe eine weitere Klimaerwärmung.

Leider wurde auch Wirklichkeit, dass die vor der gefährlichen UV-Strahlung schützende Ozonschicht in der Stratosphäre mittlerweile über beiden Polen ausgedünnt ist, was vermehrt zu Hautkrebs bei Menschen, Augenschäden bei Mensch und Tier sowie Ernteschäden führt und weiterhin führen wird. Die Forschungsgruppe Theseo 2000, die im Auftrag der EU Ozonforschung betreibt, sieht die Voraussetzungen für ein rekordgroßes Loch der Ozonschicht über der nördlichen Halbkugel für das Jahr 2000 gegeben.

Anfang März wurde die Forschungsgruppe prompt bestätigt. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Oberpfaffenhofen teilte mit, dass die Ozonschicht über der Arktis und Nordeuropa in diesem Winter extrem dünn geworden sei. "In den ersten zwei Monaten dieses Jahres gab es einen besonders starken Ozonabbau von bislang 45 Prozent über der Arktis", sagte der Atmosphärenphysiker Hans Schlager vom DLR.

Die Auswirkungen der Klimaveränderungen bekommen wir längst zu spüren: extreme Wetterphänomene mit zerstörerischer Zunahme von Windstärken, kräftigeren Niederschlägen und veränderten Wasserströmungen in den Meeren. Das Ende dieser unseligen Entwicklung ist noch nicht absehbar. Ebenfalls kein Ende in Sicht ist beim vom Menschen zu verantwortenden Aussterben von Pflanzen und Tieren.

Risiken aus der Kernenergie

Es erscheint angebracht, sich auch anzusehen, was in "Global 2000" vor etwa zwanzig Jahren über die Auswirkungen der Kernenergie geschrieben wurde. Immerhin fünf Jahre vor Tschernobyl und weit vor der Schlamperei mit strahlendem Material in Japan 1999 wurde die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt infolge von Kernreaktorunfällen beschrieben, ebenso wie die Möglichkeit einer weiteren Verbreitung von Kernwaffen.

Dabei konnten die Verfasser der Studie wahrhaftig noch nichts vom Zusammenbruch der Sowjetunion ahnen und von den darauf folgenden beängstigenden Verhältnissen in Russland mit mafiosen Strukturen und einem Schwarzmarkt, der wirklich alles feil bietet. Angesprochen wurde auch das Anwachsen immenser Mengen hoch und schwach radioaktiver Abfälle aus der Kernenergieproduktion. Konstatiert wurde, dass noch nirgendwo demonstriert worden sei, wie diese sich sicher und ohne Unfall beseitigen ließen - ein Rätsel, das immer noch nicht gelöst ist. Nebenbei wurde in "Global 2000" die nicht uninteressante Tatsache erklärt, dass die Nebenprodukte der Reaktoren Halbwertszeiten haben, die annähernd fünfmal so lang wie die Periode der überlieferten Geschichte sind. Ob dieser Sachverhalt von Befürwortern und Betreibern der Kernkraft mit der gebotenen Verantwortung gewürdigt wird, darf bezweifelt werden.

Umweltschutz kennt viele Akteure

Im Laufe der Jahre erblickten - nicht nur in Deutschland - zahlreiche Umweltorganisationen das Licht der Welt. Viele sind allmählich, nachdem etablierte Kräfte sie nicht länger für politisch schmutzig halten, national, international und supranational als sachkundige Partner anerkannt und bekommen die Möglichkeit, auf etlichen Gebieten ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Sie firmieren gewöhnlich unter dem Kürzel NRO (Nicht-Regierungs-Organisationen) oder NGO (Non Governmental Organisations). Die Stärkung der Rolle der nichtstaatlichen Organisationen als Partner für eine nachhaltige Entwicklung wurde 1992 auf der bisher größten Umweltkonferenz in Rio beschlossen und im 27. Abschnitt der Agenda 21 festgeschrieben. Außerdem wurden zahlreiche Institute auf privater Basis gebildet, die sich mit ökologischen Fragen befassen. Hier dürften wohl die USA und Deutschland als führend bezeichnet werden. Auf staatlicher Ebene in Deutschland verdient das unter dem Umweltministerium stehende Umweltbundesamt (UBA) wegen seiner hohen Kompetenz

besonders genannt zu werden. Bisher einmalig in der Welt ist, dass Menschen aus der grünen Bewegung, inzwischen in einer politischen Partei organisiert, höchste Regierungsämter bekleiden, wie es in Deutschland der Fall ist.

Es gibt Erfolge

In Deutschland ist tatsächlich schon viel durch schärfere Rechtsbestimmungen und gezielte Förderprogramme erreicht worden: Rauchgasentschwefelung in Großfeuerungsanlagen, keine weitere Anwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen. Die Gewässer sind sauberer geworden, im Rhein und in der Elbe gibt es wieder Fische, die bereits als verschwunden galten.

Nach Angaben des Umweltbundesamtes ist die Umweltbelastung, aber auch die Belastung von Lebensmitteln und des Menschen durch Dioxine in Deutschland seit Ende der 80er Jahre deutlich zurückgegangen. Grund dafür war eine Fülle von technischen und rechtlichen Maßnahmen. So wurde beispielsweise der Dioxin-Ausstoß von Abfall-Verbrennungsanlagen drastisch reduziert. Auch bei den weiteren relevanten Dioxin-Quellen wurden wirksame Minderungsmaßnahmen getroffen. Lange Untersuchungsreihen haben gezeigt, dass sich der Dioxingehalt von Muttermilch in den letzten zehn Jahren halbiert hat.

Besonders wichtig ist aber wohl, dass inzwischen viele Unternehmen ihr Verhalten geändert haben. Sie haben Umweltschutz als positives Konkurrenzmittel entdeckt und werden zunehmend auf diesem Sektor offensiv. Auch Unternehmen mit einem hohen Risikopotential für die Umwelt und die Nachbarschaft versuchen bei weitem nicht mehr so stark wie früher, die von ihnen ausgehenden Gefahren zu bagatellisieren, sondern durch umfassende Aufklärung und ernsthafte Maßnahmen Vertrauen zu schaffen.

Auch nachdem nun die umweltschädlichen Rauchschwaden der Feuerwerke zur Milleniumwende verraucht sind und obwohl in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts bedeutende Fortschritte zum Schutze der Umwelt ergriffen worden sind, haben die mahnenden Worte im Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung "Unsere gemeinsame Zukunft" (1987) kaum an Bedeutung verloren: "Wir stellen keine Prognose - wir sprechen eine Warnung aus. Eine dringliche Warnung, die auf den neuesten Erkenntnissen basiert und deren Hauptaussage darin besteht, dass die Zeit reif ist, um die für die Erhaltung der Lebensgrundlagen dieser und künftiger Generationen notwendigen Entscheidungen zu treffen."

Jetzt geht es ans Geld

Als wohl wichtigstes Dokument muss die "Deklaration von Rio über Umwelt und Entwicklung vom 14. Juni 1992" gelten. Sie wurde auf einer Konferenz der Vereinten Nationen verabschiedet - dem größten Gipfeltreffen in der Geschichte der Menschheit. Beschlossen wurden in Rio ferner die bereits oben erwähnte "Agenda 21", eine "Klimakonvention", eine "Konvention zum Schutz der Artenvielfalt", eine "Walderklärung" und eine "Konvention zur Desertifikation" (Wüstenausbreitung). Diese Titel typisieren gleichzeitig die Bedrohungsbereiche für unsere Zukunft. Angestrebt werden sollte auf allen Gebieten eine "nachhaltige Entwicklung". Die Regierung Kohl gab sogleich bekannt: "Es kommt entscheidend darauf an, dass Umweltbelange in alle Politikbereiche integriert werden. Nur eine umweltverträgliche Ausrichtung insbesondere der Wirtschafts-, Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik kann die Lebensgrundlagen für eine weiterhin dramatisch ansteigende Weltbevölkerung sichern. Dies erfordert auch eine Änderung unserer Wirtschafts- und Lebensweise."

Das Ergebnis der Konferenz wurde sogleich sehr unterschiedlich beurteilt. Bis heute hat sich das nicht geändert, nachdem etliche Folgekonferenzen stattgefunden haben. Die einen sind froh, dass

überhaupt verhandelt wird, während den anderen nicht schnell und entschieden genug gehandelt wird.

Als Beispiel eignet sich das "Kioto-Protokoll" zur Klimarahmenkonvention, das die Industrieländer zu einer Emissionsminderung der Treibhausgase (Bezugsjahr 1990 beziehungsweise 1995) um mindestens fünf Prozent bis zum Zeitraum 2008-2012 verpflichtet. Die EU übernimmt darin die Verpflichtung, die Emissionen um acht Prozent zu reduzieren. Gewiss ein Fortschritt, aber objektiv halten viele Experten dies nicht für ausreichend. Mit dem Ziel, die Erwärmung der Erdatmosphäre so weit zu begrenzen, dass gefährdende Klimaveränderungen vermieden werden, schlug die Enquête-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" des 11. Deutschen Bundestages vor, den CO₂-Ausstoß in den Industrieländern bis 2050 gegenüber 1990 um 80 Prozent zu vermindern.

Aber es geht zu zögerlich voran. Weil es ans Geld geht, wird gebremst und geschachert. Ein Beispiel ist der angestrebte Handel mit umweltschädlichen Emissionen, wobei in der Regel reiche Länder versuchen, Verschmutzungsquoten von armen zu kaufen, um nicht Verantwortung für die eigenen Umweltbelastungen übernehmen zu müssen.

Ans Geld geht es letztlich natürlich auch, wenn der Anteil des Verkehrs an den CO₂-Emissionen in Deutschland, zur Zeit etwa 20 Prozent, reduziert werden soll. Würden die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr gleich bleiben, müssten alle übrigen Sektoren ihre Emissionen bis 2050 auf Null beschränken, wenn das von der Enquête-Kommission benannte Ziel erreicht werden soll. Erhebliche Anstrengungen sind erforderlich.

Die Automobilindustrie versprach schon 1995, den spezifischen Kraftstoffverbrauch der von der deutschen Automobilindustrie hergestellten und in der Bundesrepublik abgesetzten Pkw/Kombi bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent, gemessen am Stand von 1990, zu senken. Nach Meinung des Umweltbundesamtes steht die tatsächliche Entwicklung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen den genannten Minderungszielen jedoch entgegen. Leider sagen alle Prognosen gleichermaßen ein Wachstum voraus. Bis zum Jahre 2005 wird gegenüber 1990 eine Steigerung der CO₂-Emissionen durch den Verkehr um 24 Prozent erwartet.

Ein Minderungspotential besteht in einer effizienteren Nutzung des Schienenverkehrs. So werden nur circa 25 Prozent so genannter "Bedarfstrassen" für den Güterverkehr tatsächlich genutzt. Hinsichtlich der übrigen Streckenbelegung sind noch Güterzugtrassen in unbelegten Zeitabschnitten verfügbar. Ein weiteres Potential zur Senkung der CO₂-Emissionen steckt natürlich in der Verringerung des Benzinverbrauchs. Gemeinhin wird der Preis, wenn er genügend hoch angesetzt ist, als geeignetes Regulativ betrachtet. Die Erregung in Deutschland auf die äußerst moderaten Preiserhöhungen für Benzin wirkt beispielsweise von Schweden aus betrachtet ziemlich bizarr. Schließlich sind die Benzinpreise in Schweden schon seit vielen Jahren wesentlich höher als in Deutschland und liegen seit längerer Zeit bereits über zwei Mark für Normalbenzin, ohne dass eine kollektive Verzweiflung ausgebrochen wäre.

Ökologische Interessen wahrnehmen

Den direkten oder indirekten Auswirkungen der Umweltmisere wird sich kaum jemand entziehen können. Ging es beim Umweltschutz der 70er und 80er Jahre noch hauptsächlich darum, bereits eingetretene Umweltschäden nachträglich so weit wie möglich zu sanieren, so muss heute alles darauf ausgerichtet sein, den Risiken für den Menschen und seine Um- und Mitwelt entschieden vorzubeugen. Die ökologischen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder wahrzunehmen heißt, in diesem Sinne aktiv zu werden. Dass jedoch bisher wenig gewerkschaftliches Engagement auf dem Umweltsektor zu verzeichnen war, mag daran liegen, dass die Auswirkungen der Umwelteinflüsse

nicht unmittelbar spürbar werden, sondern sich langsam und schleichend aufbauen (Klima, Treibhaus, Lärm, Ozon, hormonelle Veränderungen etc.).

Historisch betrachtet standen die Forderungen der deutschen Gewerkschaften nach mehr Lohn, besseren Arbeitsbedingungen und sozialer Sicherung im Vordergrund. Aber stets wurden auch gesellschaftspolitische Ziele angestrebt, die diesen engen Rahmen sprengten. Genannt seien nur: das allgemeine und gleiche Wahlrecht, Demokratie und Rechtsstaat, gleiche Bildungschancen unabhängig vom Einkommen, Zugang zu allen Kulturgütern für die bisher benachteiligten Bevölkerungsgruppen, Gleichberechtigung der Geschlechter, Ablehnung von Diskriminierung von Minderheiten, Völkerverständigung bzw. internationale Solidarität sowie Verhinderung von Kriegen. Es scheint angebracht, sich ein Beispiel an diesen weit gesteckten Zielen zu nehmen und nun, in einer veränderten Welt mit neuen und mindestens ebenso wichtigen Problemen, die ökologischen Herausforderungen anzunehmen.

Ein Leitsatz könnte dabei sein, was kürzlich Dr. A. Troge, Präsident des Umweltbundesamtes, sagte: "Wir müssen lernen, in größeren zeitlichen und räumlichen Dimensionen zu denken, und begreifen, dass der Umweltschutz alle Politikbereiche angeht. Je später wir jedoch die erforderliche Umgestaltung unserer Produktionsweisen und Konsummuster hin zu einem dauerhaft umweltgerechten Verhalten angehen, desto größer werden die notwendigen Einschnitte sein."

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 4/2000](#))